

Herr Liermann erinnerte an die letzte Ausschusssitzung, in der darüber berichtet worden sei, dass die Arbeitsverträge der im Rahmen des Kommunalen Integrationsmanagements (KIM) tätigen Kolleginnen und Kollegen zum Jahresende auslaufen und der Verwaltung daran gelegen sei, das vorhandene Personal zu halten und die wertvolle Arbeit ab nächstem Jahr auf dem bisherigen Level fortsetzen zu können. Er schilderte, die Verwaltung sei erneut an die Landesregierung herangetreten, um dort die Förderbedingungen zu erfragen, insb. unter dem Aspekt einer gesicherten, dauerhaften Finanzierung. Bis dato stehe eine Stellungnahme des Landes jedoch aus.

Die Vorsitzende äußerte, sie habe gelesen, dass das Projekt nun zu einem Programm umgewandelt worden sei, womit sie eine höhere Planungssicherheit impliziere. Auf ihre Nachfrage hin, wo dann das Risiko bestehe, erklärte Herr Liermann, es seien bislang keine neuen Förderrichtlinien bekannt, die die Grundlage für die Umsetzung des Programmes darstellen. Insofern könne man nicht davon ausgehen, dass bspw. die Verteilmechanismen nach gleicher Systematik ausfallen.

Ein kleiner Hoffnungsschimmer sei, so Herr Liermann weiter, dass derzeit auf Landesebene diskutiert werde, die Aufhebung der Förderrichtlinien um ein Jahr zu verschieben; offiziell sei dies jedoch noch nicht bestätigt worden.

Als Nächstes übergab sie SkE Ehmann das Wort, der seiner Sorge darüber Ausdruck verlieh, dass während der Übergangszeit gut eingearbeitetes Personal wegbrechen könnte und dies, bei einer so kleinen Community im Bereich der Integration, der Reputation des Rhein-Sieg-Kreises schaden könnte. Ihn interessiere daher, wie die Verwaltung dieses Risiko abwäge und sich die anderen Kommunen positionieren.

Herr Liermann gab diesbezüglich zu Bedenken, dass alle Ebenen von der Unsicherheit tangiert seien, aber auf allen Ebenen Ziel sei, das vorhandene Personal zu halten. Hierfür müsse das Land jedoch die dafür benötigten Rahmenbedingungen schaffen. Ein anderes Problem sehe er in den sog. Kettenarbeitsverträgen. Es sei unstrittig, dass eine Verlängerung bis zum 31.12.2023 zunächst positiv wäre. Sollte die weitere Finanzierung jedoch nicht gesichert sein, stünde die Verwaltung ab 2024 erneut vor demselben Problem. Insofern sprach sich Herr Liermann dafür aus, zunächst die Stellungnahme vom Land abzuwarten.

Die Vorsitzende appellierte an den Ausschuss, einen positiven Grundsatzbeschluss, der auf die Fortführung von KIM abziele, zu fassen. Die vergangenen Sitzungen hätten gezeigt, dass der Ausschuss mit der Arbeit rund um KIM zufrieden und es daher sinnvoll sei, sich für den Erhalt des bestehenden Teams einzusetzen. Herr Liermann erklärte, zwar bestehe die Möglichkeit, dass das Thema je nach Sachstand in der nächsten Kreisausschusssitzung behandelt werden könne, es spreche allerdings nichts gegen ein positives Votum seitens des Sozialausschusses.

KTM Mazur-Flöer äußerte, ihre Fraktion begrüße den Vorschlag der Vorsitzenden. KTM Schmitz schloss sich seinen Vorrednern an und verwies auf die vergangene Ausschusssitzung, in der bereits festgehalten worden sei, dass es aus fachlicher Sicht wünschenswert wäre, wenn die Arbeit im Rahmen von KIM mit dem vorhandenen Personal fortgesetzt würde.

Da gegen den frei formulierten Beschlussvorschlag von Herrn Liermann keine Einwände vorlagen, ließ die Vorsitzende über diesen abstimmen.

Der Ausschuss fasste sodann folgenden Beschluss: